



Dirk Driesang: Und der Sieger heißt: AfD

Sich Abgrenzen

Berlin, 4. September 2017. Zum Fernsehduell der beiden Kanzlerkandidaten äußert Dirk Driesang, Mitglied im AfD-Bundesvorstand: "Noch nie hat eine Oppositionspartei, die aktuell noch nicht einmal im Deutschen Bundestag vertreten ist, ein Fernsehduell so sehr beherrscht wie gestern Abend. Kein Wunder, denn die Wahlkampfsprüche der etablierten Parteien sind ungläubwürdig, und das spüren die Menschen.

Wenn die SPD ?bezahlbaren Wohnraum? fordert und zugleich nicht bereit ist, Europas Grenzen zu schließen, dann betrügt sie ihre Kernwählerschaft. Einen Sozialstaat kann es nämlich nur mit wirklich funktionierenden Grenzen geben.

Wenn CDU/CSU mit dem Konterfei Merkels ?Klar für Stabilität? plakatiert, dann wenden sich die Menschen kopfschüttelnd ab. Hat doch diese Kanzlerin mehr Instabilität über Deutschland gebracht, als alle ihre Vorgänger zusammen. Niemand kann innere Stabilität versprechen, wenn er nicht zugleich bereit ist, die Außengrenzen konsequent zu kontrollieren.

Grenzen sind wichtig, auch und gerade im 21. Jahrhundert. Das spüren die Wähler inzwischen ganz genau und das werden sie am 24. September an der Wahlurne auch deutlich zum Ausdruck bringen."

www.afdtelevision.de

Der AfD-Fragen-Marathon im TV-Duell

www.youtube.com/watch?v=qtLXqeQ1dTk

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

<https://afd.de/presse/>
christian.lueuth@alternativ fuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

<https://afd.de>
bgs@alternativ fuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild

